Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Sicherheit und Ordnung

Bekanntmachung

Die 04. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung findet am Mittwoch, den 15.09.2021 statt.
Beginn: 17:00 Uhr
Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Hinweis:
Die Vorgaben der aktuellen Landesverordnungen in Bezug auf die Corona-Pandemie schränken die Teilnahme der Öffentlichkeit an der Sitzung ein. Um dem Informations- und Kontrollrecht der Öffentlichkeit nach Kommunalverfassung M-V zu entsprechen, besteht die Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Teil der Sitzung für Pressevertreter.
Sofern die Teilhabe für weitere Gäste zulässig ist, gilt diese unter folgenden Bedingungen:

- das Tragen von medizinischen bzw. FFP2 Masken im Rathaus ist auch während der Sitzung vorgeschrieben
- die Angabe der Kontaktdaten (Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer) ist verpflichtend und unterliegen einer Plausibilitätsprüfung
- die Sitzplätze sind im Abstand von mindestens 1,5 Metern zueinander angeordnet
- die Teilnehmerzahl ist aufgrund der Abstandsregelung begrenzt

Weitere Einschränkungen / Änderungen bleiben vorbehalten.
Ausdrücklich erfolgt der Hinweis, dass Personen, die erkrankt sind oder Symptome einer Erkrankung (insb. Fieber, Husten) aufweisen, nicht zur Sitzung erscheinen.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1	Bestätigung der Tagesordnung
2	Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 18.08.2021
3	Beratung zu Beschlussvorlagen
4	Beratung zu aktuellen Themen
4.1	Vandalismus auf der Halbinsel Devin
4.2	Abstimmung Antrag Silvesterfeuerwerk
5	Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

6	Beratung zu Beschlussvorlagen
7	Beratung zu aktuellen Themen -keine-
8	Verschiedenes

Öffentlicher Teil

9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Ann Christin von Allwörden
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Sicherheit und Ordnung

Niederschrift
der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 18.08.2021
Beginn:	17:00 Uhr
Ende	18:15 Uhr
Raum:	Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r
Frau Ann Christin von Allwörden — bis 18:08 Uhr

stellv. Vorsitzende/r
Herr Axel Peters
Herr Marco Schröder

Mitglieder
Herr Frank Fanter
Frau Kerstin Friesenhahn
Herr Mathias Miseler — ab 17:06 Uhr
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Achim Stuhr

Vertreter
Herr Jörg Schulz — Vertretung für Frau Kerstin Chill

Protokollführer
Frau Gaby Ely

von der Verwaltung
Herr Robert Ballhause
Herr Stephan Bogusch
Herr Andre Kretzschmar
Herr Heino Tanschus
Frau Jeannine Wolle

Gäste
Frau Jutta Lüdecke

Tagesordnung:

1 Bestätigung der Tagesordnung

2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 02.06.2021

3 Beratung zu Beschlussvorlagen

4 Beratung zu aktuellen Themen

4.1 Vorstellung neuer Leiter des Polizeihauptrevier Stralsund

4.2 Zunehmende Gewalt in Familien während der Corona-Pandemie

4.3 Silvesterfeuerwerk

4.4 Maßnahmen gegen Vandalismus in der Stadt
Einreicher: SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0109/2020

Abstimmung Antrag Bekleben von Straßenschildern mit Anti-Sticker-Folie

5 Verschiedenes

9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:
Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 02.06.2021

Die Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 02.06.2021 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Vorstellung neuer Leiter des Polizeihauptrevier Stralsund

Frau von Allwörden begrüßt Herrn Lentzner, den neuen Leiter des Polizeihauptrevieres Stralsund und bittet ihn, sich vorzustellen.

Herr Lentzner teilt mit, dass er die Stelle des Leiters des Polizeihauptreviers am 01.03.2021 angetreten hat. Herr Lentzner ist in Begleitung von Herrn Ohlert, dem Leiter der Kripo. Herrn Lentzner ist eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Sicherheitsbehörden wichtig.

Abschließend geht Herr Lentzner auf seinen bisherigen beruflichen Werdegang ein.

Es gibt keine Fragen von den Ausschussmitgliedern.

Frau von Allwörden schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Zunehmende Gewalt in Familien während der Corona-Pandemie

Frau von Allwörden führt in die Thematik ein. Sie bittet die beiden Gäste mitzuteilen, ob die Anzahl der Fälle von häuslicher Gewalt in der Corona-Pandemie zugenommen hat. Außerdem erfragt sie, wie sich die Zusammenarbeit der Interventionsstelle und der Polizei darstellt, auch aufgrund des geänderten Sicherheits- und Ordnungsgesetzes.

Herr Ohlert betont, dass über ein Jahr versucht worden ist, mit den betreffenden Institutionen Kontakte zu knüpfen, was auch gelungen ist. Die Datenschutzbestimmungen, welche es zu recht gibt, erschweren einen Austausch in einigen Situationen.

Zum Thema häusliche Gewalt erklärt Herr Lentzner, dass sich die Fallzahlen in Stralsund auf einem gleichbleibend höheren Niveau bewegen. So gab es im Jahr 2018 239 gemeldete Fälle, im Jahr 2019 262 und in 2020 296 Fälle. Für das Jahr 2021 ist ein Rückgang zu erwarten.

Sowohl zur Interventionsstelle als auch zum Jugendamt besteht ein enger, vertrauensvoller Kontakt. Der regelmäßige Austausch erfolgt quartalsweise, wobei selbstverständlich auch anlassbezogen Kontakt besteht.
Weiter erklärt Herr Lentzner, dass bei Fällen von häuslicher Gewalt eine Gefährdungsbeurteilung erfolgt und so eine Einschätzung vorgenommen wird. Sobald ein Hochrisikofall vorliegt, sind zwingend und sofort die Interventionsstelle und auch das Jugendamt zu informieren.

Herr Ohlert weist darauf hin, dass sich die Fallzahlen ausschließlich auf Taten aus dem Hellfeld ergeben. Zu Zeiten von Corona sind Kontakte zu Personen, die Fälle melden (Kita, Schulen) eingeschränkt und der Blick in Familien ist nicht mehr wie gewohnt möglich.
Im Kriminalkommissariat Stralsund wurden 2019 60 Vorfälle gemeldet, 2020 84 und im laufenden Jahr 2021 bisher 34 Fälle. Hier ist ebenfalls eine abnehmende Tendenz zu erkennen.

Frau von Allwörden erfragt, ob die Risikobewertung eines Falles deshalb von der Polizei durchgeführt wird, weil an die Interventionsstelle nicht mehr alle Daten weitergeleitet werden dürfen. Weiter fragt sie, ob es diesbezüglich von der Interventionsstelle noch Bedenken gibt.

Herr Lentzner erklärt, dass die Interventionsstelle durch die Datenschutzbestimmungen nur noch unzureichend an Informationen gelangt. Der dazu vorliegende Erlass wurde allerdings überarbeitet und wird bestenfalls schnellstmöglich ratifiziert. Dann würden die Interventionsstellen wieder an die ursprünglichen Informationen gelangen.

Herr Schröder erfragt, ob es während der Corona-Pandemie herausragende Ereignisse sowohl auf dem Revier als auch auf dem Kommissariat gab.

Herr Ohlert erklärt, dass ein Rückgang von Straftaten allgemeiner Art (Straßenkriminalität) zu verzeichnen ist. Eine deutliche Zunahme gibt es allerdings von Straftaten im IT-Bereich.
Herr Lentzner bestätigt ebenfalls, dass sich die Kriminalität in den digitalen Sektor verschiebt.

Frau Friesenhahn regt zum Thema Internetkriminalität mehr Öffentlichkeitsarbeit der Polizei an. Ihr ist nicht klar, wie man sich als Betroffene/r verhalten soll bzw. was zu tun ist.

Herr Ohlert sichert zu, dass Thema Öffentlichkeitsarbeit mitzunehmen. Es ist gut zu wissen, dass die von der Polizei durchgeführten Kampagnen zu dem Thema anscheinend die Bürgerinnen und Bürger nur unzureichend erreichen.

Ein Punkt ist auch, das Anzeigeverhalten der Bürgerinnen und Bürger z.B. bei Erhalt unerwünschter Nachrichten. Nur teilweise werden diese Fälle zur Anzeige gebracht; häufig werden die Nachrichten einfach gelöscht.

Als Mitglied des Kriminalpräventionsrates ergänzt Herr Tanschus, dass bereits 2019 ein Projekt zu dem Thema aufgelegt wurde. Es gab Infoveranstaltungen, Flyer wurden gedruckt und die Apotheken in der Stadt wurden einbezogen. Er weist auf die Website www.sicherinstralsund.de hin. Gleichzeitig stellt Herr Tanschus klar, dass es nicht möglich ist, jeden Bürger / jede Bürgerin zu erreichen.

Herr Lentzner fügt hinzu, dass sich die Landespolizei momentan in einer „Digital-Offensive“ befindet. Es ist beispielsweise möglich, eine Strafanzeige digital über die Homepage der Polizei zu stellen. Diese Möglichkeit ist in der Bevölkerung leider aber noch nicht sehr bekannt. Außerdem betont Herr Lentzner, wie komplex das Thema Internetkriminalität ist und dass die Tätergruppen meist im Ausland agieren.

Die Frage, ob Veränderungen der momentanen Polizeistruktur in Mecklenburg-Vorpommern geplant sind, verneinen sowohl Frau von Allwörden als auch Herr Ohlert.

Frau Quintana Schmidt vermisst Polizeipräsenz in der Innenstadt und erfragt, ob die Polizei über ausreichend Personal verfügt.
Herr Lentzner führt dazu aus, dass in der Stadt Kontaktbeamte unterwegs sind, die z. B. Fahrradkontrollen durchführen. Statistische Erhebungen zeigen, dass die Polizei in diesem Bereich gut aufgestellt ist.
Die Aufgabenerledigung erfolgt nach Priorisierung. Präventive Aufgaben werden den sogenannten Kontaktbeamten oder speziellen Dienstgruppen übertragen.

Die Problematik mit den Radfahrern hängt aus Sicht von Herrn Lentzner auch mit den Gegebenheiten in der Stadt zusammen. Er geht nicht davon aus, dass lückenlose Kontrollen dazu führen, dass die Radfahrer die Straße nutzen. Nichts destotrotz finden Kontrollen statt. Eine Überlegung wäre, das Thema öffentlichkeitswirksamer zu begleiten. Herr Lentzner betont, dass die Problematik von der Polizei ernstgenommen wird.

Herr Stuhr schildert, dass für Radfahrer oft auch parkende Autos ein Problem darstellen. Aus seiner Sicht müssten verstärkt Kontrollen durch das Ordnungsamt durchgeführt werden. Herr Tanschus widerspricht der Annahme, dass die Kollegen und Kolleginnen im Außerdienst freitagmittags nicht mehr tätig sind. Allerdings ist es nicht möglich, überall gleichzeitig in der Stadt präsent zu sein. Da die vom Bund vorgegebenen Bußgelder oft nicht im Verhältnis zu den Parkgebühren stehen, wird von vielen eine Verwarnung in Kauf genommen und bezahlt.

Herr Lentzner bestätigt, dass sich die Polizei nur in Ausnahmefällen um den ruhenden Verkehr kümmert.

Frau von Allwörden weist auf den ursprünglichen Tagesordnungspunkt hin und schlägt vor, Themen zur Verkehrsproblematik in Stralsund zu sammeln und die Polizei erneut in den Ausschuss einzuladen.

Da es keine weiteren Fragen gibt, bedankt sich Frau von Allwörden bei den Gästen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Silvesterfeuerwerk

Frau von Allwörden schildert das Anliegen des Ausschusses. Es soll in Erfahrung gebracht werden, welche finanziellen Mittel die Stadtverwaltung zur Verfügung stellen kann, um Präventionsarbeit in Bezug auf das Silvesterfeuerwerk in der Altstadt leisten zu können.

Frau Wolle erfragt, warum nur eine Sensibilisierung in Bezug auf das Altstadtgebiet erfolgen soll. Die Ausschussvorsitzende schildert die vorangegangenen Diskussionen und betont, dass nicht geplant war, die anderen Stadtteile außenvorzulassen und diese einbezogen werden können.

Frau Wolle erklärt, da es sich immer um zusätzliche Haushaltsmittel handelt, sollte eine Kampagne entwickelt werden. Die Verteilung von Postkarten ist möglich, allerdings ist zu überlegen, ob damit die breite Masse angesprochen werden kann, da die Postkarten bewusst angeschaut und mitgenommen werden müssen.

Plakate wären ebenfalls denkbar, allerdings auch deutlich teurer.
Eine Alternative wäre das Verteilen von Info-Blättern über die Stadtteilkoordinatoren oder die Wohnungsgesellschaften. Zusätzlich könnte ein Info-Blatt im Amtsblatt veröffentlicht werden. Möglich wäre auch die Herausgebe und Veröffentlichung einer Pressemitteilung auf der Internetseite und den social media Kanälen.

Frau Wolle betont noch einmal, dass es sich bei einer großen Werbekampagne um zusätzliche Kosten handeln würde, die nicht im Budget sind. Inhaltlich müsste sich mit dem Ordnungsamt und dem Klimamanager abgestimmt werden. Informationen auf der Internetseite der Stadt, Info-Blätter, Pressemitteilungen sind hingegen problemlos möglich.

Herr Kretzschmar macht deutlich, dass noch nicht feststeht, ob es in diesem Jahr ein Molenfeuer geben wird.

Frau von Allwörden betont, dass sie mit dem Thema vorankommen und Ideen umsetzen möchte. Sollte das Feuerwerk in diesem Jahr ausfallen, wird die Kampagne im nächsten Jahr aufgelegt.

Die Ausschussvorsitzende spricht sich für einen entsprechenden Antrag in der Bürgerschaft aus, in dem Maßnahmen aufgeführt werden, die auf die Silvesterproblematik hinweisen und aus dem vorhandenen Budget finanzierbar sind.

Frau von Allwörden bietet an, zur nächsten Sitzung des Ausschusses einen Antragsentwurf vorzubereiten, der dann diskutiert werden soll.

Es gibt keinen Widerspruch von den Ausschussmitgliedern.

Frau von Allwörden bedankt sich bei Frau Wolle und Herrn Kretzschmar.

zu 4.4 Maßnahmen gegen Vandalismus in der Stadt
Einreicher: SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0109/2020

Mit dem zur Bürgerschaft am 26.08.2021 eingereichten Antrag sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Herr Ballhause weist darauf hin, dass die Ausschreibung der Verkehrsschilder erst 2023 wieder erfolgt und der Antrag dahingehend angepasst werden muss.

Ein entsprechender Änderungsantrag wird durch die Geschäftsführung des Ausschusses formuliert.

Durch den in der Bürgerschaft am 26.08.2021 beschlossenen Antrag (AN 0115/2021; AN 0131/2021) des Ausschusses, wird der Antrag AN 0109/2020 als erledigt betrachtet.

Der Präsident wird über das Beratungsergebnis informiert.

zu 5 Verschiedenes

Herr Peters informiert, dass an seine Fraktion herangetragen worden ist, dass es in dem Naturschutzgebiet auf der Halbinsel Devin immer wieder zu Vandalismus kommt. In der nächsten Sitzung soll geklärt werden, welche Kenntnisse die Stadt über die Beschädigungen (Zerstörung von Bänken) hat.

Herr Miseler bittet darum, das Thema „verkehrsberuhigte Zonen in der Hansestadt“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Frau von Allwörden spricht sich dafür aus, mehrere Punkte zum Thema „Sicherheit im Straßenverkehr in Stralsund“ zu sammeln und das Thema in einer der kommenden Sitzungen auf die Tageordnung zu setzen. Fahrradfahrer könnten ebenfalls in die Thematik aufgenommen werden.

Herr Stuhr weist auf den kleinen Parkplatz vor der Mole hin und fragt, ob es möglich ist, dort für Wohnmobile ein Parkverbot einzurichten. Außerdem spricht er sich dafür aus, die beiden vorhandenen Ladezonen auszuweiten und das Halten auf eine halbe Stunde zu begrenzen.

Herr Bogusch erklärt, dass auf den dort befindlichen bewirtschafteten Parkplätzen bereits ein Hinweisschild „nur Pkw“ angebracht ist. In den mit „Ladezone“ gekennzeichneten Bereichen dürfen keine Handwerkerkarten verwendet werden, aus diesem Grund wurden diese eingerichtet. Ansonsten ist die Fläche als Parkverbotszone gekennzeichnet, was bedeutet, dass dort nicht geparkt, aber be- und entladen werden darf. Weiter erklärt Herr Bogusch, dass die bewirtschafteten Parkplätze, in der Zeit ihrer Bewirtschaftung, auf eine dreistündige Nutzung beschränkt sind.
Herr Stuhr regt an, vor dem Moleneingang ein Schild aufzustellen, welches die Parkdauer auf 30 Minuten beschränkt. Nach seinen Informationen handelt es sich um Hafengebiet, auf dem das Ordnungsamt nicht tätig werden darf. Herr Bogusch nimmt den Hinweis mit.

Um 18:08 Uhr übergibt Frau von Allwörden die Sitzungsleitung an Herrn Peters.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung ebenfalls keinen Redebedarf gibt, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte und Herr Peters schließt die Sitzung.

gez. Ann Christin von Allwörden
Vorsitzende

gez. Gaby Ely
Protokollführung

TOP Ö 4.2

Hansestadt Stralsund

Anträge
Vorlage Nr.: AN 0141/2021
öffentlich

Titel: Kampagne zur Sensilibisierung für Gefahren des privaten Silvesterfeuerwerks

Federführung:	Ausschuss für Sicherheit und Ordnung	Datum:	06.09.2021
Einreicher:	von Allwörden, Ann Christin		

Beratungsfolge	**Termin**	

Beschlussvorschlag:
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Kampagne aus vorhandenen Haushaltsmitteln zu entwickeln, mit deren Hilfe auf die Gefahren des privaten Silvesterfeuerwerks aufmerksam gemacht wird. Mit Infoblättern, Pressemitteilungen, Informationen im Amtsblatt und den Social-Media-Kanälen der Stadt, soll auf die Gefahren (Verletzungsgefahr, Umweltbelastung, hohe Lärmentwicklung, Auswirkungen auf Tiere) hingewiesen werden.

Begründung:

Durch die Kampagne soll erreicht werden, dass in Stralsund, insbesondere in der Altstadt, weniger Feuerwerk gezündet wird. Neben dem Hinweis auf die Gefahren, soll gleichsam dazu eingeladen werden, dass von der Tourismuszentrale organisierte Molenfeuerwerk, gemeinsam zu genießen.

Sollte das Molenfeuerwerk aufgrund der Pandemiesituation nicht stattfinden können, wird die Durchführung der Kampagne auf das darauffolgende Jahr verschoben.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Ann Christin von Allwörden
Vorsitzende